

24. SEP 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/181

Bonn, den 24. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> |   | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 - 2        | Die Bauern und ihre Verbandsführung<br>-----<br>Zum Deutschen Bauerntag in Hamburg<br>Von Dr. Martin Schmidt, MdB             | 83            |
| 3            | Ernst Reuter<br>-----<br>Zu seinem zehnten Todestag am 29. September 1963   | 71            |
| 4            | Erschreckende Zahlen<br>-----<br>Mangelnder Mutterschutz - Feststellungen der Frauenärzte                                     | 69            |
| 5 - 6        | Ein Mord überschattet die griechischen Wahlen<br>-----<br>Hohe Offiziere als Mittäter verhaftet<br>Von Dr. B. P. Mathiopoulos | 62            |

\*\*\*\*\* VORANKÜNDIGUNG \*\*\*\*\*

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Mittwochausgabe (25.9.1963) einen Artikel des Bundestagsabgeordneten H.G. R i t z e r zu der Frage, welche Versprechungen von der Bundesregierung in der ersten Hälfte des Vierten Deutschen Bundestages nicht erfüllt worden sind:

KELNS STOLZE BILANZ

Was wurde aus den Versprechungen der Bundesregierung ?

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Bauern und ihre Verbandsführung

### Zum Deutschen Bauerntag in Hamburg

Von Dr. R. Martin Schmidt, MdB

Diese Woche beginnt in Hamburg der Deutsche Bauerntag 1963. Obwohl die Bauern in großen Scharen dem Ruf Rehwinkels folgen werden, liegt eine gewisse Spannung über der Tagung. Der Zeitpunkt der Regierungsbildung in Bonn wird vielen Landwirten willkommen sein, ihren Forderungen erneut besonderen Nachdruck zu verleihen. Die Wiege radikaler Strömungen im Landvolk steht in Norddeutschland. Werden sich diese auch in Hamburg bemerkbar machen?

Die Bauern und Landwirte sind vom Wandel unserer Zeit nicht verschont geblieben. Sie haben mehr als andere Berufsgruppen im Prozess der Technisierung, der Umwertung aller Wirtschaftsvorgänge und der politischen Entwicklung umdenken und umlernen müssen. Aber nicht das hat die Landwirtschaft in die innere Krise getrieben. Vielmehr hat sie das, trotz größter eigener Anstrengungen völlig unzureichende wirtschaftliche Ergebnis, im Vergleich zu anderen Berufsgruppen, mißtrauisch und zweifelnd gemacht. Die Unsicherheit der EWG-Entwicklung und die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung im Hinblick auf die gestellten Fragen der Gegenwart hat das noch verstärkt.

Diese Situation ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die innere Lage des Deutschen Bauernverbandes geblieben. Nach dem Zusammenbruch 1945 entstand in ihm unter Führung von Reichsminister a.D. Dr. Hermes und den meisten Landesvorsitzenden eine Organisation, die sich fast ausschließlich der CDU/CSU verschrieb. Mancher Landesverbandspräsident war und ist auch heute noch mehr ein Einseitiger für die Bonner Regierungspartei als ein ehrlicher Vertreter des ganzen Berufsstandes. Das ging gut, solange man den Landwirten einreden konnte, die Versprechungen von Bundeskanzler Dr. Adenauer seit Rhöndorf 1951 bis zur letzten Regierungserklärung 1962, würden eingehalten werden.

Die eingangs geschilderte Lage der Landwirtschaft hat inzwischen alles dies verändert. Dem Verbandespräsidenten schlägt ein heftiger Oppositionswind entgegen. Die absolute Gefolgschaft ist zu Ende, die Positionen wackeln. Und das alles, obwohl es sozialdemokratische Vertreter in der Verbandsführung überhaupt nicht gibt.

Der gegenwärtige Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, wird immer wieder von den genannten CDU-Anhängern für diese Entwicklung verantwortlich gemacht, weil er es ab-

lehnt, ein dienstbeflissener Zubringer für die gegenwärtige Regierungspartei zu sein. Seine jahrelange harte, aber doch berechtigte Kritik an der Agrarpolitik der Bundesregierung fand bei den Bauern Zustimmung und Bewunderung. Rehwinkel hat insbesondere das Ohr der jungen Bauern, die sich für parteipolitische Zwecke nicht mehr mißbrauchen lassen wollen. Sie stehen zu ihm, weil sie in ihm den Sachwalter ihrer beruflichen Interessen sehen. Mit Rehwinkel ist ein neuer Kurs im Deutschen Bauernverband eingeleitet worden. Der Mut, mit allen politischen und beruflichen Kräften unseres Landes im Gespräch zu sein, hat ihm viel Ärger bei seinen Mitpräsidenten eingebracht. Rehwinkel gibt es offen zu, daß in allen Parteien Männer sitzen, die um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes besorgt und bemüht sind. Aber das ist schon in den Augen dieser CDU-gebundenen Präsidenten eine Sünde.

Nicht weniger wichtig ist das von Rehwinkel aufgegebenen jahrzehnte alte Bündnis zwischen Landwirtschaft und Großindustrie. Eingeweihte wissen um den dauernden Versuch der Industrie, das wieder rückgängig zu machen. Die wochenlange Kritik der Industriekreise an der Führung des Deutschen Bauernverbandes, direkt und über Strohmänner im eigenen Präsidium, lag in der gleichen Richtung. Erst die Mitgliederversammlung im Juni, mit der Vertrauenskundgebung für Rehwinkel, hat diesen Nadelstich ein Ende gesetzt.

Alles in allem - Rehwinkel ist kein Scharfmacher und Demagoge. Die im Laufe der letzten Monate entstandenen radikalen Gruppen im Landvolk sind gerade dort zu Hause, wo CDU und Verbandsführung eine volle Einheit sind. Noch sind diese Gruppen keine politische Gefahr. Aber sie können es werden, wenn die Regierung den wirtschaftlich Mächtigen auch weiterhin den Weg ebnet, anstatt um den Ausgleich der Interessen besorgt zu sein. Ein demokratischer Rechtsstaat, wie er im Grundgesetz verankert ist, darf nicht länger mit den wirtschaftlich Schwachen Schindluder treiben. Wird mit Hamburg die letzte Chance gegeben sein?

Die SPD billigt dem Deutschen Bauernverband, wie allen übrigen Berufsgruppen, das Recht zu, seine Forderungen nach bestem Vermögen der Öffentlichkeit, den Regierungen und den Parlamenten gegenüber vorzutragen. Dass seine Vorstellungen und Forderungen teils massiv vorgetragen wurden, hat die Ursache in den immer wieder hinausgeschobenen Entscheidungen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien. Für die Bildung der radikalen Strömungen im Bauernstand tragen sie allein die Verantwortung. Wie auch der Bauerntag 1963 ausgehen mag, welche Forderungen auch immer gestellt werden mögen, die Sozialdemokratische Partei und die Bundestagsfraktion der SPD werden sich berechtigten Forderungen nicht verschliessen.

Ernst Reuter

Zu seinem zehnten Todestag am 29. September 1963

G.M. - Tausende und abertausende Kerzen leuchteten am Abend des 29. September 1963 an den Fenstern der deutschen Hauptstadt Berlin auf. Berlin trauerte um Ernst Reuter. Niemand hatte den Berlinern gesagt, was sie tun sollten, und doch - es ging ein Raunen durch die Millionenstadt, ein wehmütiges Erinnern an den großen Ernst Reuter, den sie danken wollten. Die Kerzen an den Fenstern waren der Ausdruck stiller Liebe zu einem Manne, der nach Luise Schroeder den Berlinern in den schlimmen Jahren der Bedrängnis Mut und Hoffnung gegeben hatte.

Ernst Reuter war für die Bevölkerung von Berlin mehr als ein legender Bürgermeister gewesen. Sie achteten in ihm nicht nur den zielbewußten Politiker, den großen Köhner auf dem Gebiet der Verwaltung; ihre Liebe und Anhänglichkeit zu diesem Mann kam aus dem Bewußtsein der tiefen Verbundenheit mit einer Persönlichkeit, die in sich alles verband, was den Begriff der Humanitas umfaßt: Bescheidenheit und Mut zugleich, väterliches Verzeihen für die Fehler anderer und das Aussprechen wegweisender Gedanken - alles das zusammen prägte eine Persönlichkeit von überragendem Format, einer Moneten, dessen Wille zur aufbauenden Leistung unausgesprochen auch zur Inhalt der Politik der Millionenstadt Berlin wurde.

Ernst Reuter war nie ein bequemer Mann. Auch das wußten seine Berliner, denn oft genug hatte er ihnen die Wahrheit gesagt. Hatte sie vor Unbesonnenheit gewarnt und sie aufgefordert, den Gefahren der die vom Kommunismus bedrohte Stadt stündlich und täglich ausgesetzt war, mutig und kaltblütig zu begegnen. Ernst Reuter hat da durch nichts nur für Berlin, sondern auch für das deutsche Volk unermüdet viel getan. Er und seine Berliner machten der Welt glaubhaft, daß die der Rölle des Dritten Reiches entkommenen Deutschen nicht bereit sind, sich wieder einer Diktatur zu beugen.

Aber auch darüber hat Reuter selbst nie gesprochen; erst viel später wurde von anderen diese Leistung erkannt, eine Leistung, die zum Fundament für den weiteren Widerstandswillen der Berliner gegen die Bedrängnis durch den Kommunismus wurde.

Es gibt wenige Männer, von denen man sagen kann, daß sie so wie Ernst Reuter ihr eigenes Schicksal und ihr eigenes Streben mit dem Schicksal und dem Streben von Millionen Menschen verbunden haben. Am zehnten Todestag von Ernst Reuter wird Berlin dieses Mannes gedenken. Die Bevölkerung Berlins wird sich in einer stillen Stunde daran erinnern, wie lebendig Ernst Reuters Geist auch heute noch wieder unter ihr weilt und sie wird stolz darauf sein, zusammen mit Ernst Reuter der Welt gezeigt zu haben, wie sehr sie die Freiheit liebt.

## Erschreckende Zahlen

### Mangelnder Mutterschutz - Feststellungen der Frauenärzte

sp - Die Höhe der Müttersterblichkeit in der Bundesrepublik ist auf der diesjährigen Therapie-Woche in Karlsruhe von Ärzten und Wissenschaftlern drastisch deutlich gemacht worden. Zugleich wurde unumwunden gesagt, wie wir in Deutschland auf einen Stand kommen müssen, der dem der modernen westlichen Staaten entspricht. Diese Hinweise aber zielten fast direkt auf die Bundesregierung mit Bundesgesundheitsminister Frau Dr. Schwarzhäupt und den Bundestag. Kurzum, es wäre gut, wenn sich eine Kommission aus Bonn einmal auf den Weg machte und sich die Verhältnisse in Schweden ansehen würde, wo es mit einer überaus modernen Mütter-Untersuchung,-Vorsorgung und Sozialfürsorge gelungen ist den niedrigsten Stand in der Welt bei der Müttersterblichkeit zu erreichen.

1950 kamen bei der Geburt von einer Million Kinder in der Bundesrepublik noch 2.062 Mütter ums Leben. Diese Zahl hat sich bis 1962 schon auf 862 Mütter reduziert. Aber auch der Tod dieser Mütter in Beziehung zu den Leberdgeborenen ist noch erschreckend hoch. Das besagen die Vergleichszahlen von 1959. Sie betrug in Schweden 240, in den Vereinigten Staaten (nur weiße Bevölkerung) 260, in Dänemark 430 und in Frankreich 550. Durch das Statistische Bundesamt ist übrigens klargestellt worden, daß diese Zahlen durchaus vergleichbar sind und Fehlerquellen aufgrund unterschiedlicher statistischer Erhebungen so gut wie ausgeschlossen sind.

Das, was in anderen Nachbarstaaten längst gang und gäbe ist, hat der Gynäkologe Professor Goecke aus Münster nun auch vorbränglich für die Bundesrepublik gefordert, nämlich fünf bis sechs ärztliche Untersuchungen für die Frau, die ein Kind erwartet. Noch immer sind es bei uns die Infektionen, Blutungen und Toxikosen, die während und nach der Geburt den Tod der Mutter herbeiführen. Man weiß nun, daß Sulfonamide und Antibiotika eben nicht die Zahl der an Infektionen Gestorbenen so herabdrücken konnte, wie es vorher vermutet worden war.

Besonders bitter waren auch die Feststellungen der Fachärzte in Karlsruhe über die Todesfälle, die während der Geburt an Blutungen auftreten. Aber auch hier haben die Ärzte eindeutige Vorschläge gemacht. Es müssen ausreichend Blutkonserven vorhanden und dezentralisiert gelagert sein. Vor allem aber darf es einfach nicht mehr vorkommen, daß es heute noch Krankenhäuser in der Bundesrepublik gibt, deren geburtshilftliche Abteilung von Ärzten besetzt ist, die eben keine gynäkologische Ausbildung erhalten haben. Weiß man doch nun schon längst, daß die Müttersterblichkeit in diesen Abteilungen doppelt so hoch ist wie in den reinen Fachkliniken für Geburtshilfe.

Und noch ein Letztes wurde in Karlsruhe aus dem Munde des Obermedizinalrats Merkell aus Köln deutlich. Auf die werdende Mutter muß bei uns, wenn sie im Arbeitsleben steht, noch mehr Rücksicht genommen werden. Man sollte sie durch Halbtagsarbeit entlasten und die Schonfristen vor und nach der Geburt verlängern. Hier also ein handfester Hinweis an die Adresse des Gesetzgebers. Die Gemeinden sollten sich darüber Gedanken machen, wie man die Zahl der Kindertagesstätten vermehren kann. Im Betrieb - am Arbeitsplatz - selbst schließlich ist noch manches im Interesse der werdenden oder der jungen Mutter zu tun.

+ + +

## Ein Mord überschattet die griechischen Wahlen

Hohe Offiziere als Mittäter verhaftet

Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Am 3. November dieses Jahres soll in Griechenland ein neues Parlament gewählt werden. Das ist an sich kein Ereignis, das sämtliche anderen, das Land angehenden politischen Probleme ohne weiteres zu höchstens zweitrangiger Bedeutung verdammen müßte. Doch haben besondere Umstände dazu geführt, daß wirklich alle anderen Fragen verblassen neben der schwerwiegenden Entscheidung, die die griechischen Wähler zu treffen haben werden. Denn diesmal geht es nicht nur um verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Programmen, nicht nur um konservativen oder fortschrittlich-bürgerlichen Kurs: diesmal entscheidet das griechische Volk zwischen Rechtsstaat und autoritärem Regime.

Daß man sich in Griechenland wirklich vor diese Entscheidung gestellt sieht, hat der Fortgang der Ermittlungen im Mordfall Lambrekis gezeigt. Mit großer Bestürzung vernahm die Öffentlichkeit die Nachricht von der Verhaftung hoher und höchster griechischer Offiziere, die der Mittäterschaft beim Mord, des besonders schweren Amtsmissbrauchs und der Vernachlässigung von Amtspflichten dringend verdächtigt sind. Bei den Inhaftierten handelt es sich um einen General, um zwei andere Offiziere und um den Polizeipräsidenten von Saloniki im Range eines Oberst. Diese vier Häftlinge gesellen sich zu weiteren sechs Untersuchungsgefangenen in dieser Sache, die allerdings sämtlich der Unterwelt entstammen. Es handelt sich um Mitglieder subversiver Untergrundorganisationen, um deren "Vorsitzenden" - einen bereits zum Tode verurteilten, dann aber begnadigten Kollaborateur -, um Kaufbolde und Rauschgifthändler, mit denen die Polizei zusammengearbeitete. Zwar war es jedem objektiven Beobachter klar, daß die Haupttäter am 22. Mai nicht aus eigenem Antrieb gehandelt haben konnte, sondern auf höheren Befehl tätig geworden waren. Doch niemand - und hätte er noch so sehr das Regime Karamanlis und seiner Partei, der EKE, bekämpft - konnte voraussagen, daß die Spitzen der Sicherheitsbehörden Nordgriechenlands in das Mord-Komplott verwickelt waren.

### Der moralische Täter

Papandreu, der Führer der griechischen Opposition, hatte schon gleich nach Bekanntwerden des Mordes erklärt, der moralische Täter sei

Regierungschef Karamanlis. Nach der Verhaftung des Generals und seiner Helfershelfer betonte er die besondere Bedeutung dieser schwerwiegenden Entscheidung, indem er u.a. sagte: "Wer ist der moralische Täter? Denn es gibt einen solchen. Der General hatte kein eigenes Interesse an der Ermordung. Er hatte aber Vorgesetzte. Über ihm standen die Regierungspartei ERE und ihr Führer Karamanlis. Der Haftbefehl hat nicht nur die betreffenden Personen, sondern das gesamte Regime der ERE-Partei in Untersuchungshaft gebracht".

Und zweifellos bedeutet diese Entwicklung im Falle Lambrakis für die derzeitige Regierungs-Partei keine günstige Ausgangsposition im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Die in ihren Reihen zunehmende Nervosität ist nur zu begreiflich, wengleich die Angriffe, die einige Abgeordnete gegen den Untersuchungsrichter und den Staatsanwalt, die beide den Haftbefehl erlassen haben, richteten, die Chancen der Partei kaum bessern dürften. Denn abgesehen davon, daß auch in diesem Falle die griechische Justiz wieder einmal ihre Integrität und Überparteilichkeit bewiesen hat, können die Anwürfe gegen Richter und Staatsanwalt den Verdacht nicht auskräumen, daß höchste Repräsentanten des Karamanlis-Regimes zu den eigentlich Schuldigen an der Ermordung des Abgeordneten Lambrakis zählen.

#### Verschiebung des Wahltermins ?

Allerdings scheint es, als versuche Pipinellis, der derzeitige Regierungschef, ein eigenes Spiel angesichts der verfahrenen Lage zu spielen. Wenn er wartet, bis die weitere Entwicklung im Falle Lambrakis zu einer Spaltung der ERE-Partei in diejenigen, die in den Mordfall verwickelt waren, und diejenigen, die dafür keine Verantwortung tragen, führt, so könnte er den unbelasteten Teil der Partei um sich sammeln und im Wahlkampf führen. Dazu müßte aber rechtskräftig festgestellt sein, wen letztlich die Schuld an der Muttat vom 22. Mai in Saloniki trifft. Bis zum 3. November aber, dem bisher vorgesehenen Wahltermin, dürfte der Prozeß kaum abgeschlossen sein. Politische Beobachter in Athen halten es deshalb nicht für unwahrscheinlich, daß Pipinellis den Wahltermin auf den Frühling des kommenden Jahres verschieben wird.

In wenigen Tagen wird man Gewißheit darüber erlangen, ob sich diese Spekulationen bewahrheiten. Denn wenn in Griechenland wirklich am 3. November ein neues Parlament gewählt werden soll, so müßte das derzeitige Parlament nach der Verfassung spätestens am 3. Oktober aufgelöst werden.